

Korrespondent

für Deutschlands Buchdrucker und Schriftgießler

51. Jahrg.

Abonnementspreis: Vierteljährlich 65 Pf., monatlich 22 Pf., ohne Postbestellgebühr. Nur Postbezug. Erscheinungstage: Dienstag, Donnerstag und Sonnabend. — Jährlich 150 Nummern.

Leipzig, den 20. Mai 1913

Anzeigenpreis: Arbeitsmarkt, Versammlungs-, Vergütungsinserte ufm. 15 Pfennig die Zeile; Käufe, Verkäufe und Empfehlungen aller Art 50 Pfennig die Zeile. — Rabatt wird nicht gewährt.

Nr. 56

Aus dem Inhalte dieser Nummer:

Vertrieb: Untere Tariftgemeinschaft, VI. — Prüfungskommission für Stempelfahrer? — Terror und liberale Arbeitervereine.

Korrespondenzen: Berlin (A.). — Berlin (Schr.). — Döbeln. — Samborn-Marzob. — Hanau. — Heilbronn (M.M.). — Kaiserslautern. — Königshütte. — Landsbut. — Leipzig (St.). — Neubabelsberg.

Rundschau: Erledigter Konflikt. — Ferien! — Meisterprüfung. — Sauterarratungen durch Maschinen. — Buchgewerbliche Submissionsblüte. — Mäßliche Konkurrenzverhältnisse. — Generalversammlung des Verbandes der Lithographen und Stein drucker. — Von der Generalversammlung des deutschen Faktorenbundes. — Erschütterung durch Schnellpressen. — Die Opfer der täglichen Berufsarbeit. — Überflüssige Zerstückelung der Volksversicherung. — Die Notwendigkeit internationaler gewerkschaftlicher Verbindung.

Unsre Tariftgemeinschaft

Nachwort zur diesjährigen Sitzung des Tarifausschusses

VI.

Die Stellungnahme der Presse im allgemeinen ist einmal wieder sehr lehrreich. Was sich heutzutage ein nationales oder ein christliches Mäntelchen umhängt und hübsch Büchlinge machen kann, darf darauf rechnen, von einem großen Teile der sogenannten bürgerlichen Zeitungen mit dem größten Entgegenkommen behandelt zu werden. Ob da nun für eine oberfaule Sache Stimmung gemacht werden soll oder ob zu dem nämlichen Zwecke das Publikum mit Unwahrheiten groben Kalibers traktiert wird, das macht nichts aus. Das Aushängeschild „national“ oder „christlich“ ist sozusagen eine Pakkarte für Freibeuter aller Art. Es war einfach beschämend, eine immerhin stattliche Anzahl von Tagesblättern auf die Weimrute mit der verlogenen Denkschrift des Gutenbergbundes so glatt gehen zu sehen. Die Unselbständigkeit und Unkenntnis der Tagespresse ist manchmal wirklich recht groß. Brachte doch die „Meißner Zeitung“ (Zentrum) es noch in ihrer Nummer vom 8. Mai fertig, unter Bezugnahme auf die „Denkschrift“ des Gutenbergbundes über „Ungerechtigkeiten in der Tariftgemeinschaft der deutschen Buchdrucker“ den bekann ten Sermon zugunsten der verfolgten Unschuld loszulassen und von der „in den nächsten Tagen“ stattfindenden Sitzung des Tarifausschusses zu sprechen, die jedoch schon vor 16 Tagen stattgefunden hatte!

Sn ausführlicher Weise hat ein kleinerer Teil der sozialdemokratischen Presse sich über die diesmalige Tarifausschubstiftung mit ihren so bemerkenswerten Vorgängen geäußert. Zwar ist uns selbst nur bekannt geworden, daß die „Dresdner Volkszeitung“ und das „Volksblatt“ in Bochum je zwei gleichlautende Artikel: „Die Tariftgemeinschaft der Buchdrucker im Kreuzfeuer“, gebracht haben, worin alles, was mit der Tarifausschubstiftung in Verbindung steht, eingehend erörtert wird. Der „Typ.“ nennt aber auch das „Echo“ in Hamburg, die „Volkstribüne“ in Krefeld und die „Tribüne“ in Erlauf und ist sogar wieder so kombinationslustig, diese Artikel als von der Salomonstrabe in Leipzig ausgehend zu bezeichnen, was uns über die Mäßen amüsiert hat. Dem „Typ.“ muß es lieber Beleuchtung seiner Organisation, ihrer Seldentaten und ihres Reinfalles recht angefan haben, denn er kündigt eine (saffsam wahrheitsliebende) Beschäftigung mit diesen Artikeln an, die folgendermaßen schließen:

Größer konnte der Reinfall für diese selbst bei den christlichen Gewerkschaften in einem Mosierpavillon haulende „Organisation“ sich gar nicht gestalten. Auch die mit widerlich scheinheiligen Gründen belegte Forderung der Zulassung des Redakteurs vom „Typograph“ —

eines Prachtexemplars der M. Gladbacher Jesuitenschule — fiel glatt unter den Tisch.

Das heftige Kreuzfeuer, in dem die Tariftgemeinschaft der Buchdrucker gefanden, hat sich also als wirkungslos erwiesen. Ob nochmals eine solche Schwindel- und Verleumdungskampagne in der Presse kommen wird, bleibt abzuwarten. Hoffentlich geht die Verbandsvertretung dann eben so energisch ins Zeug. Auch der ertragreichste Anhänger des Proporztes muß sagen, daß ein größerer Anflug mit dem Rechte der Minderheiten noch nicht geschrieben würde als hier. Wenn jedem das Seine werden soll, wie die „Soziale Praxis“ fordert, dann hat der Gutenbergbund eben das Seine schon. Es ist ein triviales Spiel, das da gegen die Tariftgemeinschaft der Buchdrucker getrieben wurde.

Die „Leipziger Volkszeitung“ ließ sich in einem eignen Artikel über die Tarifausschubstiftung unter Abdruck größerer Stellen aus dem veröffentlichten Protokolle vernehmen und zog dann ihre speziellen Schlüsse.

Sn der freien Gewerkschaftspresse fanden wir bislang in der „Solidarität“, in der „Graphischen Presse“ und in der „Fachzeitung für Schneider und Wälschearbeiter“ den vorerwähnten Anflug.

Die christlichen Gewerkschaftsblätter bekommen wir nur in einigen Exemplaren zu sehen, was einesseits ganz gut ist, denn sie sind psychisch wie physisch von üblen Wirkungen auf einen Menschen mit leidlichem Normalverstande. Das „Zentralblatt der christlichen Gewerkschaften“ läßt sich in seiner Nummer vom 13. Mai ein ganz Teil anders vernehmen, als es am 14. April über die bekann te Denkschrift des Bundes geschah. Damals gab man sich der bestimmten Erwartung hin, daß dessen Wünsche Genüge getan werde, „was nachweisbar im Rahmen der Beschlüsse des Tarifausschusses vom September/Oktober möglich ist“. Man war aber froh, dem gleich wieder mit Drohungen bei der Hand, die offenbar die Prinzipale einschüchtern sollten. Jetzt heißt es in unverkennbarer Resignation: „Das Ergebnis entspricht nicht den Erwartungen, welche die christlichen Arbeiter zu hegen berechtigt waren.“ Formale Bedenken sowie die Drohung des Verbandes, seine Vertreter zurückzuziehen, hätten ein andres Ergebnis verhindert. „Die Prinzipalsvertreter unter Führung Bürgersleins haben ihm (dem Verbandsred.) den Gefallen getan, die Möglichkeit der Beratung der Anträge des Gutenbergbundes zu verneinen“, aber der Verband werde noch „zur Raison“ zu bringen sein, wenn er meine, „seine Politik der Rechtsverhöhnung bis zum Übermaße forssetzen zu können“. Die christliche Machthaberei fabuliert im weiteren dann noch einige Erfolge für den Gutenbergbund zusammen, wovon man so überzeugt ist, daß die Bemerkung „wenigstens dem Sinne nach“ notwendig erscheint. Natürlich fehlt es auch an sonstigen Verdrehungen nicht, wie andererseits die für den Bund blamablen Einzelvorgänge den Lesern vorenthalten werden. Die Erkenntnis ist den christlichen Großsprechern nun aber doch gekommen, daß „mit größter Mühe“ nur hier etwas zu gewinnen ist, deswegen

werden wir unsre Verfassungsmahregeln auch für die Zukunft entsprechend treffen. Der Buchdruckerverband mag sich darauf gefast machen, daß die christlichen Arbeiter ihre Bemühungen mit aller Energie forssetzen werden, mag er auch noch so sehr damit drohen, das ganze Schicksal des Tarifvertrags auf eine Karte zu setzen.

Die Drohungen des christlichen „Zentralblattes“ lassen uns selbst angeichts der wohlbekann ten Tatsache, daß unerlaubte Pressionen und offenkundiger Terror-

rismus die gangbarsten Waffen in jenem Lager sind, recht kalt. Redensarten aber, wie, daß der Verband den ganzen Tarifvertrag auf eine Karte setze, und bei der Tagung des Tarifausschusses habe er „geradezu mit dem Schicksale des Buchdrucker tarifs gespielt“, sind nicht nur ein frevelhaftes Spiel mit der Wahrheit, sie stehen auch Leuten, die da wünschen, die Tariftgemeinschaft müsse in Trümmer zerfallen („Zentralblatt“ 1911 und 1912) oder sie möge zum Teufel fahren („Bergknappe“ 1912), wenn die maßgebenden Kreise bei uns sich nicht zu einem Kofau für den Gutenbergbund bequemen, herrlich zu Gesicht. — Die „Westdeutsche Arbeiterzeitung“ sogleich hier aufzuführen, dürfte als falsche Kubrierung angesehen werden, ist aber gar nicht so unrichtig, denn die „Westdeutsche“ ist ja das inoffizielle Zentralorgan der Christlichen. Daß in M. Gladbach die klarsten Dinge mit der größten Ruhe auf den Kopf gestellt werden, dafür ist dieser Artikel wieder ein bereites Zeugnis. Kein Wort von der dem Gutenbergbund in doppelter Portion ausgesprochenen Mißbilligung seiner Agitation und auch kein Wort, daß der Bundesvorstand mit seinem der Presse vorgelesen und auch von der „Westdeutschen“ wiedergekauften Schwindel über die Abänderbarkeit des Tarifs so scheußlich hereingefallen ist. Aber die großen Strategen in M. Gladbach, die die an dem Bunde so gemißbilligte Heße wacker mitgemacht haben, sie merken es doch, daß der Verband die Geschichte mit dem frechen Zwerge gründlich satt hat, denn sie sagen: „Es ist nicht ausgeschlossen, daß es der Verband bei der Tarifrevision 1916 zu einem Kampfe kommen läßt um seiner Monopolrechte willen“; gegen eine solche Verbands politik würden sie indes „jederzeit“ und „unnachsichtlich“ ankämpfen. Die Monopolrechte sowie die beiden zuletzt angeführten Worte hat man in der „Westdeutschen“ ipationiert, um die Aufgeblasenheit dieser Gesellschaft, die in obskurer Hinterstufenpolitik ihren Mann zu stellen vermag, noch etwas aufdringlicher erscheinen zu lassen. Die edle „Westdeutsche“ vermag aber nicht darüber hinwegzulaufen, daß ihr Geschreibsel eine Schamade ist. Bis 1916 sind die Wege verlegt. Das ist eine recht unangenehme Erkenntnis, wo man schon die größten Rosinen für 1913 im Sacke frug. — Die „Graphischen Stimmen“ bringen einen in seiner Art bemerkenswerten Artikel unter der Überschrift „Ein harter Kampf“. Er weicht etwas ab von dem Geschwafel, das direkt oder indirekt vom Gutenbergbund ausgeht. Die Punkte laufen anders. Wenn sie auch reichlich waghaltig ist, so kann ein ziemlich großer Pessimismus sich doch nicht verleugnen. Man höre:

Dieses Resultat bucht der Gutenbergbund zwar als einen Erfolg, kann sich aber selbstverständlich nicht damit zufriedengeben, weil ihm noch immer keine volle Gelegenheit widerfahren ist. Es wird, das ist unsre aus eignen Erfahrung geschöpfte Meinung, nicht eher dazu kommen, bis sie erkämpft ist. Daß dieser Kampf letzten Endes der Unabhängigkeit christlich-nationaler Arbeiter gegenüber der Revolutionspartei gilt, ist für uns alle eine feststehende Tatsache. Man kann nur wünschen und hoffen, daß diese Erkenntnis in immer weitere Kreise dringt, besonders auch in die Kreise der Buchdruckerprinzipale, die wahrhaftig Gründe genug hätten, dem roten Terror auch dann zu begegnen, wenn er in höfliche Pfaffen und freundliche Komplimente gehüllt ist. Leider — es ist wirklich traurig, daß man es feststellen muß — hat auch die letzte Tarifausschubstiftung wieder Beweise dafür geliefert, daß die meisten Vertreter der Buchdruckerprinzipale dem Liebeswerben der Herren Döblin,

Kraft, Albrecht usw. noch immer Vertrauen schenken. Mehr wollen wir als „Aushenken“ nicht sagen, obwohl wir Gründe genug hätten, deutlicher zu reden. Der „Holzarbeiter“ spricht von einem blamablen Ergebnisse für den Verband, was darauf schließen lassen müßte, daß dem „bescheidenen“ Gutenbergbunde kein „Recht“ geworden ist. Aber weit gefehlt. Die Logik der Gewerkschaftsschriften geht krumme Wege, das liegt nun einmal so in der Art. Also geht es weiter, daß die Verbandsvorsteher nicht nur durchaus gegen den Gutenbergbund gewesen seien, sondern daß ihnen dabei auch noch einige Prinzipalsvertreter dabei assistierten, was „gerade kein besonderes Zeichen von Weisheit“ genannt wird. Das christliche Holzarbeiterorgan kündigt dann an, daß die „gesamte christliche Arbeiterbewegung“ an der „Beseitigung der krassen Unparität in der Tarifgemeinschaft des Buchdruckgewerbes“ mitwirken werde; „nach bestem Können“, wie es Spaßig heißt.

Die übrige Presse hat bis auf die Blätter einer Parteirichtung über die Tagung des Tarifausschusses nichts gebracht. Eine Ausnahme — soweit uns bekannt geworden — machte die konservative „Pommersche Tagespost“ in Stettin mit einem besonderen Artikel: „Tariffragen im Buchdruckgewerbe“. Er ist gutenbergbundfreundlicher Tendenz und bewegt sich demzufolge auch vielfach abseits von dem, was das Publikum als Tatsache zu erfahren ein Recht hat. Wenn wir nur die Behauptung erwähnen, es sei die Zulassung des „Typ.“-Redakteurs zu den Tarifausschussverhandlungen zugestanden worden — bei der „Bedeutung“ des Herrn Joseph Treffert an sich eine Sensation für die Öffentlichkeit! —, so kann man sich wohl ein Bild machen, wie die Leser jenes Blattes sachgemäß informiert wurden. Ob man nun über den Reinfall auf den vom Gutenbergbunde mit seiner „Denkschrift“ raffiniert angelegten Trick verärgert ist, oder ob das in den beiden tarifamtlichen Organen erschiene Protokoll den Redaktionen doch eine zu deutliche Sprache redet, oder ob die neuen Waschzettel der für den Gutenbergbund als Einpeisicher fähigen Leute die sogenannten unabhängigen, die konservativen, nationalliberalen, freisinnigen, antisemitischen usw. Zeitungen nicht verärgert haben, jedenfalls herrscht ein großes Schweigen in diesem Blätterwalde. Da von diesen Richtungen eine ganze Anzahl Tageszeitungen den verlogenen bündlerischen Erguß zu der Tarifausschussung veröffentlichte, besteht auch die Pflicht, die Leser über den Ausgang der Sache zu informieren. Wenn keine Waschzettel zur Verfügung stehen, was der stark zu vermiffenden Objektivität nur von Vorteil ist, dann müßte auf Grund des doch jeder Redaktion zugänglichen Protokolls eine Mitteilung erscheinen, wodurch die Leser über das Ergebnis unterrichtet würden. Erst aber eine falsche Darstellung sich aufschwindeln lassen und dann seinem Publikum die Tatsachen ganz vorzuenthalten, das vermag die Achtung der Presse wirklich nicht zu steigern. Dieser Vorfall läßt die ungünstigsten Schlüsse auf die sonstigen „objektiven“ Informationen nicht weniger Zeitungen zu. Daß es dem Gutenbergbunde nach diesem schlaungedrehten und dann doch so mißlungenen Coup fürder nicht so leicht mehr möglich ist, die Presse irrezuführen, die Gewisheit kann man wenigstens haben.

Zentrumsblätter dagegen haben eine übereinstimmende Notiz gebracht, die von der Sitzung des Tarifausschusses wieder das gewohnte Serbilde entwirft, wenn die Urheber derartiger Zeitungs-meldungen der Leistung der christlichen Gewerkschaften oder des Gutenbergbundes nahesehen. Wie die Meldungen der Suffragetten in England sofort an der obdosen Begleitzeile „Votes for Women“ erkennbar sind, so haften den in Blättern zentrums-politischer Richtung für den Gutenbergbund erscheinenden Artikeln und Notizen unmissbar die ebenso verdächtige Herkunftsinnschrift an: „Votes for Gutenberg Club!“, „Äthnische Volkszeitung“, „Eßener Volkszeitung“, „Niederrheinisches Tageblatt“ (Kempen), „Sulzauer Zeitung“ und der „Regensburger Anzeiger“ sind uns bis jetzt mit diesen niedlichen Elaboraten zugänglich. Der „Regensburger Anzeiger“ machte sogar einen Zeitarikel daraus! Es ist ein sehr starkes Stück, was da für den sich selbst immer mehr als Zentrumsgewerkschaft gerierenden Gutenbergbund als „Neues vom Buchdruckerlarise“ fertiggebracht wird. Danach müßte sich

in der Tarifausschussung alles um die sogenannte Denkschrift gehandelt haben. Auf sie selbst wurde ja aber gar nicht eingegangen, sondern von unserm Verbandsvorsteher fand diese leßtmalige Pressefreiheit nur Erwähnung, um in dem zweiten, dem Gutenbergbunde geltenden Teile seiner Rede, das Gebahren dieser sogenannten christlichen Organisation entsprechend zu kennzeichnen. Ferner wird von Anträgen des Gutenbergbundes gesprochen. Da dieser aber zur Stellung solcher gar nicht berechtigt ist und auch die gutenbergbundlichen Prinzipale nicht seine Wünsche ausnahmen (wie 1911), weil die diesmalige Tarifausschussung keinerlei Änderungen an dem Tarife vornehmen konnte, so ist auch hier wieder zu sagen, daß die in Frage kommenden Zentrumsblätter von ihrer dem Gutenbergbunde jedenfalls sehr bekannten Quelle sich derb täuschen ließen. Indem der „Typograph“ (Nr. 18) ebenfalls von durch den Gutenbergbund gestellten Anträgen und Forderungen sowie deren Ablehnung oder Annahme spricht, so ist die Spur ja schnell gefunden. Noch deutlicher wird die Herkunft dieser Notiz in Zentrumsblättern, wenn man sie und gleichermaßen den „Typ.“ davon reden hört, der Verband habe einen Beschluß herbeiführen wollen, der Tagespresse zu verbieten, über die Tarifgemeinschaft und die Organisationsverhältnisse in Zukunft zu schreiben: „Gegen diese Anebelung der Presse wandten sich die Prinzipale mit aller Schärfe.“ Das ist aufgelegter Schwindel! Ein Buchdrucker, der die Pressefreiheit antastet, gehört ins Narrenhaus. Von der Prinzipalität wie von dem Kollegen Obblin wurde vielmehr deutlich zum Ausdruck gebracht, daß von Vorschriften für die Presse in Sachen untrer Tarifgemeinschaft keine Rede sein könne. Damit sollte aber das gute Recht, Kritik zu üben, ebensowenig geschmälert sein. Unser Verbandsvorsteher machte davon Gebrauch, indem er sich gegen die falschen Darstellungen des Gutenbergbundes in der Presse wandte. Wenn er dann noch einen ganz krassen Fall erwähnte, wobei es sich um einen schlimmen Scharfkel des Gutenbergbundes an die schulentlassene männliche Jugend handelt, so geschah dies nur in Sinlichkeit, weil diese Hebestiftel auch in dem Blatt eines Prinzipals erschien, der 1911 an den Tarifverhandlungen mit teilgenommen, hätte, was jedenfalls verwunderlich genug ist. Die Prinzipale im Tarifausschusse fanden durchaus die Zustimmung der Gehilfenvertreter mit ihrer Betonung der Meinungsfreiheit in tariflichen Dingen auch für Zeitungen, deren Besitzer tariffreie Prinzipale sind; aber sie ließen auch keine Zweifel darüber, daß Auslassungen wie die von der betreffenden Zeitung durch Obblin kritisierten gerade in einer Zeit wie der gegenwärtigen dem tariflichen Frieden nicht dienlich und förderlich seien. Das war deutlich genug, wie die Mißbilligung der ganzen Agitation des Gutenbergbundes doch auch auf die von diesem entfaltete Pressehebe zu beziehen ist. Die in Frage stehenden Zentrumsblätter haben sich also von ihrem Waschzettelbureau und dieses wieder durch dem Gutenbergbunde nichts weniger als fremde Leute aufschwindeln lassen. Uns sanfte sogar ein Prinzipal eines dieser Blätter mit der Anfrage, ob denn das eine objektive Berichterstattung wäre. Interessant ist aber, daß die Informatoren der hier gedachten Zentrumsorgane von den „Erfolgen“ des Gutenbergbundes weniger den Mund voll nehmen, als es im „Typ.“ geschieht, wo für jedes wahre Wort eine Prämie ausgelegt werden könnte. In dem Schlußsatz unterscheiden sich diese Zentrumsblätter etwas. Die einen reden von „Machtansprüchen“, die andern von dem „Macht-dünkel“ des Verbandes. Sonst wird aber übereinstimmend für den Bund die Trommel geschlagen und gesagt:

Wie notwendig es ist, daß neben dem Verband eine starke christlich-nationale Organisation bestche. An der Stärkung des Gutenbergbundes haben daher weite Kreise ein großes Interesse.

Wir glauben, es soll in der vorletzten Zeile „weisse Zentrumskreise“ heißen; die andern haben ein größeres Interesse daran, daß ihre Zeitungen sich nicht von dem Gutenbergbunde mit seinen „falschen Darstellungen und Ausstreuungen“, die Herr Otto 1906 entschieden an dem Bunde rügte, länger mehr düpierten lassen. Allem Anscheine nach wird der Gutenbergbund in Zukunft auch hier seine Felle dahinschwimmen lassen, denn vor und nach der Tarifausschussung bietet

sich ja ein ganz andres Bild. Er hat es halt zu arg getrieben mit seinem Schwindel.

Eine besondere Erwähnung gebührt der „Sozialen Praxis“, auf die sich Herr Thraner in der Tarifausschussung mit großem Behagen berief. Man ist dort allgemach so weit gekommen, daß die sehr wohl bekannten Verhältnisse untrer Tarifgemeinschaft nur in gutenbergbundfreundlicher Auffassung gesehen werden. Da wird dieser ganz zu Unrecht auf größere Rechte pochenden kläglichen Minderheit zuliebe schlank die Verwechslung zwischen kollektivem und korporativem Tarifvertrage mitgemacht und dann natürlich total falsch debuziert. Was der Tagespresse noch hingehen darf, muß hier anders beurteilt werden: Der Standpunkt der „Sozialen Praxis“ ist weder objektiv, noch ist er untrer Tarifgemeinschaft sonderlich förderlich! Man muß es mit den eignen Worten dieser sonst auch von uns geschätzten Wochenschrift der Sozialreformer hören, wie sie die Sache auffaßt, nämlich:

Es handelt sich hier erstlich um eine Reihe Forderungen, denen man größtenteils sachliche Berechtigung kaum abprechen kann. Wir verkennen gewiß nicht die Summe von historisch-traditionellen Sündenrissen und Bedenken, die sich aus der Entwicklungsgeschichte der Tarifgemeinschaft, die mit der Vormachtstellung des Verbandes Deutscher Buchdrucker verknüpft ist, jenen Forderungen entgegenstellen lassen. Aber vom Standpunkte der heutigen Verhältnisse aus betrachtet sind die Forderungen des Gutenbergbundes Notwendigkeiten der Gleichberechtigung und einer gesunden Tarifgemeinschaftspraxis; und wenn die klassische Tarifgemeinschaft der Buchdrucker sich auch in der Zukunft als vorbildliches, lebenskräftiges Gebilde erweisen soll, so darf sie sich um gemelner Dinge und Traditionen willen nicht den modernen Forderungen des Tags verschließen. Es nagen an dem klassischen Bau der Tarifgemeinschaft innen und außen sehr viele Wühler; da ist es im Interesse seiner Selbsterhaltung um so nötiger, daß der tarifliche Organismus sich elastisch den Grundrissen anpaßt, die auch in andern großen Tarifgewerben im Hinblick auf die kleinen Organisationsstellung erlangt haben, und jedem das Seine gibt.

Hier wird die Voraussetzung des Vertragschlusses zwischen beiderseitigen Organisationen anderswo ganz willkürlich auf unre völlig abweichenden Verhältnisse übertragen und von dieser verkehrten Grundlage aus dann an den Verband resp. an die Tarifgemeinschaft Zumutungen gestellt, die man einfach „stark nennen muß“. Was ist das mit den „historisch-traditionellen Sündenrissen und Bedenken“ heißen? Ruft der Gutenbergbund nicht immer von neuem durch sein Verhalten wie durch seine nun auch von der Prinzipalität offiziell gefadelten Handlungen die stärksten Bedenken gegen sich hervor? Hat die „Soziale Praxis“ kein Empfinden dafür, daß man mit Menschen, die gegen einen immerfort intrigieren und denunzieren, aus Gründen der Reinlichkeit schon nichts Gemeinsames haben will? Hat die „Soziale Praxis“ nur einmal den Leuten, die sich auf sie berufen, bedeutet, bei allem, was sie unternehmen, die Wohlstandigkeit besser zu wahren? Ist es nicht geradezu lächerlich, von einer Gleichberechtigung des Gutenbergbundes zu reden, wo die Größenverhältnisse so total ungleich sind? Warum wird nur von der Vormachtstellung des Verbandes gesprochen und der des Deutschen Buchdruckervereins, die ja viel größer wäre, keine Erwähnung getan? Ist der Arbeitgeberverband, für den doch schließlich „Notwendigkeiten der Gleichberechtigung und einer gesunden Tarifgemeinschaftspraxis“ auch anzuerkennen wären, ein gefährlicherer Wühler gegen die Tarifgemeinschaft denn der Gutenbergbund? Wer möchte das behaupten? Schlimmer aber noch, was die „Soziale Praxis“ sich hier von ihrer christlich-gewerkschaftlichen Vorliebe eingeben ließ, ist das in der Nummer vom 17. April in dem Satze Gesagte:

Obgleich der Tarifausschuss an den materiellen und formellen Bestimmungen des Tarifs nichts ändern kann, so kann er doch im Verwaltungswege, durch Ausfübrungs- und Auslegungsvorschriften, manchen Erfordernissen und Reformwünschen, die sich bei der Anwendung des Tarifvertrags von 1911 herausgestellt haben, Rechnung tragen.

Darauf folgen die „kritischen Erfahrungen“ des Gutenbergbundes mit dem Tarife, d. h. seine alten maßlosen Forderungen. Wenn man selbst zugibt, daß an den materiellen und formellen Bestimmungen bis 1916 nichts geändert werden kann und bringt dann trotzdem das Hintertürchen mit dem „Verwaltungswege“ in Vorschlag, wodurch gleich eine ganze Anzahl materieller wie formeller Abänderungen eintreten würde, so ist das nicht anders zu

bewerten, als wenn im Staatenleben die Politik der Anheerlichkeit zur Richtschnur werden würde. Wir sind geradezu krappert gewesen, ein Blatt von dem Ansehen der „Sozialen Praxis“ mit solchen Mitteln operieren zu sehen. Da für die Handhabung unsres Tarifs ja auch der Grundsatz von Treu und Glauben Anwendung zu finden hat, so erscheint das Verhalten der „Sozialen Praxis“ geradezu unglücklich. Was die „Soziale Praxis“ dann am 15. Mai über die Tarifausschubstzung selbst zu sagen weiß, ist eine im allgemeinen sachliche Refütierung der Beratungen. Altem Ansehe nach wird sie den in der erwähnten Aprilnummer angefangenen Faden noch weiter spinnen, denn sie kündigt an, sie werde die für die Stellung des Gutenbergsbundes „innerhalb der Tarifgemeinschaftsverfassung“ aus diesen Verhandlungen hervorgegangenen Ergebnisse noch näher „mit andern Fragen der Organisation im Buchdruckgewerbe“ behandeln. Vielleicht dienen unsre vorausgegangenen Ausführungen zu einer objektiveren Würdigung der wirklichen Verhältnisse. Wenn notwendig, werden wir auf das, was die „Soziale Praxis“ noch zu sagen hat, näher eingehen. Daß ihr bei der vorläufigen Behandlung einige schiefe Auffassungen unterlaufen sind, überrascht uns nicht. So entspricht es nicht den Tatsachen, den Tarifausschub „beschäftigen diesmal vor allem die Anträge des Gutenbergsbundes auf Verbesserung seiner Stellung in den Tariforganen“. Es ist schon bei Betrachtung der Urteile in der Zentrumspresse gesagt worden, daß diese Anträge gegenstandslos waren, die vom Gutenbergsbund ausgehenden Machinationen spielten vielmehr die Hauptrolle. Auch ist es unzutreffend, daß der Gutenbergsbund „seine Mitgliederliste dem Gehilfenobmann vom Verbands zur Abrechnung der Tarifbeiträge“ unterbreiten mußte. Wahr ist vielmehr, daß die Tarifbeiträge der Bündler an den Gehilfenkreisvertreter unter Namensnennung der Beitragszahlenden abgeführt wurden. Die beim Gutenbergsbunde typische Verächthigungsmanie hat daraus zwar den Gehilfenvertretern einen Mißbrauch impudiert, indes konnte dafür der erforderliche Beweis keineswegs erbracht werden. Wenn die „Soziale Praxis“ zum Schluß meint, „Verband wie Gutenbergsbund seien mit dem Ausgange der Sitzung „halbwegs zufrieden“, so geht bei uns die Befriedigung über dieses bescheidene Maß hinaus, während der Gutenbergsbund diese Art von Zufriedenheit nur vorfauscht.

Fassen wir zusammen, was in der Presse an Kommentierungen über die Tarifausschubstzung erschienen ist, so kann unumwunden gesagt werden, daß der vorherige große Spektakel zu den nachher erfolgten verhältnismäßig wenigen, entweder enttäuschenden oder gewordenen oder auch blind polternden Preßstimmen in gar keinem Vergleiche steht. Wir haben also Anlaß genug, auf die Tarifausschubstzung voller moralischer Befriedigung zurückzublicken. Da außerdem die Aussicht besteht, daß die Tariforgane etwaigen weiteren Angriffen des Gutenbergsbundes in der Öffentlichkeit auf die Tarifgemeinschaft wehren werden, so ist zu hoffen, daß diese in der öffentlichen Meinung, so leicht nicht wieder ein völlig entstellendes Bild erfährt. Die christliche „Seeresfolge“ des Bundes wird sich das ad notam zu nehmen haben und sich überzeugen müssen, daß ihre leitberige Methode des in der Öffentlichkeit für ihren Schicksling geführten Kampfes diesem nichts genügt hat, denn die angewandten Waffen waren alles andre denn rein. Der „Korr.“ wird sich fortan noch weniger um Preßäußerungen dieser Art kümmern.

Das Urteil der Fachpresse haben wir aus bestimmten Gründen nicht vorweggenommen. Raumrücksichten gebieten nun eine nochmalige Hinausschiebung.

**Prüfungskommission für Stempel-
leher?**

Der Verband deutscher Stempelfabrikanten hat im verfloßenen Jahre beim preussischen Minister für Handel und Gewerbe beantragt, die Bildung besonderer Prüfungskommissionen für Stempelfeher bei den Handwerkskammern zu verfügen. Daraufhin hat der Minister die Geschäftsstelle des deutschen Handwerks- und Gewerbebekanntmachungswesens, bei den Handelskammern eine Rundfrage zu veranlassen, inwieweit die Herstellung von Gummitempeln

in ihren Bezirken als selbständiges Gewerbe betrieben wird. Auf diese Rundfrage sind von 66 Kammern Antworten eingegangen.

Die weitaus größte Anzahl der antwortenden Kammern (52) teilt mit, daß in ihren Bezirken die Anfertigung von Gummitempeln als selbständiges Gewerbe nicht ausgeübt wird. Von diesen Kammern berichten außerdem 34, daß Gummitempel durch gelernte Graveure nebenbei angefertigt werden. In den Kammerbezirken Dresden und Freiburg i. Br. befaßen sich neben den Graveuren auch die Buchdruckerereien und Papierhandlungen mit der Anfertigung von Stempeln, und in den Bezirken Köln und Königsberg stellen nicht die Graveure, sondern lediglich Druckerereien und Papierhandlungen solche Stempel her.

Dagegen teilen zwölf Kammern: Altona, Braunschweig, Erfurt, Götting, Hannover, Kassel, Leipzig, Pless, Magdeburg, Mannheim, München, Wiesbaden, mit, daß in ihren Bezirken, wenn auch vielfach nur vereinzelt, das Anfertigen von Gummitempeln als selbständiges Gewerbe ausgeübt wird.

In München betreiben sechs Firmen die Anfertigung von Gummitempeln als selbständiges Handwerk. Von den Inhabern dieser Firmen sind zwei gelernte Buchdrucker, zwei Kaufleute und einer gelernter Graveur. Jeder der Betriebe beschäftigt im Durchschnitt zwei bis drei Gehilfen, die ausschließlich aus dem Buchdrucker- resp. Schriftsetzberufe hervorgegangen sind, den sie vollständig erlernt und auch teilweise die Gesellenprüfung als Buchdrucker abgelegt haben. Die in den genannten Betrieben beschäftigten drei Lehrlinge haben schriftliche Lehrverträge als Buchdrucker (Schriftsetzer) abgeschlossen.

Die eingeholten Informationen von den Graveuren haben ergeben, daß sich diese mit der Anfertigung von Gummitempeln im allgemeinen nicht befassen. In den fünfzehn ermittelten Betrieben, wo solche Stempel geführt werden, werden diese von größeren Firmen der Branche von auswärts bezogen.

Im Bezirke Kassel finden sich zwei Spezialbetriebe, die nur Gummitempel herstellen. Die in diesen Betrieben ausgebildeten Lehrlinge haben ihre Gesellenprüfung bis jetzt vor dem Prüfungsausschusse für Graveure abgelegt. In Leipzig und Wiesbaden wird die Herstellung von Gummitempeln zwar selbständig, aber in der Regel fabrikmäßig betrieben.

Betreffend die Frage, inwieweit das Stempelfehergewerbe von den Kammern als Handwerk ausdrücklich anerkannt ist, hat die Handwerkskammer Berlin eine Rundfrage veranlaßt. Das Resultat der daraufhin von elf Kammern eingelaufenen Antworten ist sehr zweifelhaft und geteilt. Hervorzuheben ist aber, daß die Kammern Kassel und Hamburg das Stempelfehergewerbe als Zweig des Buchdruckerhandwerks reklamieren und daher die Gesellenprüfung vor der Prüfungskommission für Buchdrucker abzulegen lei.

Die Gründung einer eigenen Prüfungskommission für Stempelfeher hatten nicht für zweckmäßig die Kammern Breslau, Götting, Hamburg, Nürnberg, Regensburg und Steffin. So schreibt die Handwerkskammer Breslau ganz richtig:

Die Fabrikation beruht hauptsächlich auf dem mehr oder weniger guten Geschmack eines Schriftsetzers, der in gefälliger Form die Schriften zusammensetzt. Wir bemerken hierzu, daß die Schriften aus Schriftsetzereien bezogen werden. Der übrige Prozeß ist, das der Schriftsatz in einer Mischung von Ton und Gips abgeformt wird, und in diese Form, welche genügend erhärtet ist, wird dann der Kautschuk hineingepreßt. Jetzt wird der Kautschuk heißen Dämpfen ausgelegt, die das Vulkanisieren bewirken. Das heißt, den Kautschuk so herzustellen, daß er weder erhärtet noch durch den Gebrauch weich wird.

Die ganze Herstellung zeigt, daß es eine rein mechanische Arbeit ist, die eine längere Lehrzeit nicht voraussetzt.

Zusammenfassend ergibt sich, daß in 52 Kammerbezirken (78,7 Proz.) die Anfertigung von Gummitempeln nicht als selbständiges Gewerbe ausgeübt, sondern in erster Linie von den Buchdruckerereien nebenbei betrieben wird. In nur zwölf Bezirken (18 Proz.) wird einer gegenseitigen Auffassung Ausdruck gegeben. Hiernach wird also der Antrag des Verbandes deutscher Stempelfabrikanten von Regierungsseite aus nicht Folge gegeben werden können, und es wird bei dem bisherigen Zustande bleiben, daß der betreffende Beruf (Buchdrucker) die Stempelfeherlei nur als Zweig des Hauptgewerbes betrachtet, demzufolge auch keine besondere Lehrzeit für die „Stempelfeherlei“ in Frage kommen kann.

Kassel. W. Hn.

Terror und liberale Arbeitervereine

Wir berichteten in Nr. 41 über die Ausführungen des bekannten Soziologen Dr. Hugo Sinzheimer über den „Terror“, die deswegen besondere Beachtung verdienen, weil hier eine anerkannte Autorität auf dem Gebiete des sozialen Rechts in exakter, streng wissenschaftlicher Weise den Nachweis erbrachte, was es eigentlich mit dem Geschrei wegen des Terrors der freien Gewerkschaften auf sich hat.

Diese Ausführungen haben nun bei dem Organe der liberalen Arbeitervereine, der „Wacht“, eine begriffliche Aufregung hervorgerufen, wird ihm doch damit eines der Hauptschlagwörter gegen die freien Gewerkschaften, denen gegenüber man doch Unterscheidungsmerkmale aufweisen möchte, aus den Händen genommen. Es ist einigermaßen beunruhigend, wie dieses Blatt keinem Argus Luft macht. Anstatt das Problem sachlich zu diskutieren, spricht es von

den Ausführungen eines „marxistischen Rechtsanwalts“, der nichts weiter lei als „eine fälschlich-sozialdemokratische Ausgabe eines ganz brutalen Machtanbeters“. Die „Wacht“ sucht also die Ausführungen Sinzheimers deswegen zu diskreditieren, indem sie behauptet, daß sie „rein marxistisch“ seien. Nun ist aber Dr. Sinzheimer weder Marxist noch Sozialdemokrat, noch waren seine Ausführungen über den Terror irgendetwas marxistisch. Der Grundgedanke seiner Ausführungen war, daß der Organisationszwang eine allgemeine historische Begleiterscheinung der Organisationsbewegung überhaupt und deswegen als historische Tatsache allgemeiner Art zu behandeln und zu würdigen sei. Diese Grundanschauung ist das feststehende Ergebnis absolut „bürgerlicher“ Wissenschaft. So schreibt Regierungsrat Dr. F. Kestner in seinem Buch über den Organisationszwang auf Seite 375:

Eine Wirksamkeit der Organisation ohne Organisationszwang ist in aller Regel nicht möglich. Man kann die Organisation nicht aufrechterhalten und gleichzeitig den Organisationszwang ausschalten. Sämt man die Organisation an sich für eine notwendige, gegenseitige Erscheinung unsres Gesellschaftslebens, so wird man auch in dem Organisationszwange nicht das Erstrebene eines rechtswidrigen Zweckes erblicken können.

Nichts andres hat auch Dr. Sinzheimer ausgeführt. Diese Feststellungen Dr. Kestners sind u. a. von Dr. Zimmermann, dem Redakteur der „Sozialen Praxis“ (22. Jahrgang, Nr. 1), ausführlich gewürdigt und gebilligt worden, und der Abgeordnete Dr. Bachnide hat am 20. Februar 1913 im Abgeordnetenhaus über dieses Buch gesagt:

Der Standpunkt von Herrn Dr. F. Kestner ist der gleiche wie der aller Theoretiker der Syndikate: Liebmans, Grunzels, Brentanos und aller, die sich sachgemäß und gründlich damit beschäftigt haben.

Es wäre besser von den Arbeitervereinen, statt über den angeblichen Marxismus und seine Vertreter in dieser Weise herzufallen, sich richtig zu informieren, wo die von ihnen angegriffenen Feststellungen herkommen. Die in der Nummer vom 17. Mai der „Wacht“ enthaltenen kleinen Liebenswürdigkeiten gegen den „Korr.“ übergehen wir gern.

Korrespondenzen

G. Berlin. (Korrespondenten). Die gubbesuchte Versammlung am 4. Mai hörte mit großem Interesse einen Vortrag des Herrn Dr. med. Alfred Bernstein über „Waffen im wirtschaftlichen Kampfe“. Am Vor Eintritt in die Tagesordnung hatte die Versammlung das Andenken der verstorbenen Kollegen Emil Oppenheimer, Julius Göbe (Invalide) und Oskar Becker (Mannheim) in höchster Weise geehrt. Unter „Vereinsangelegenheiten“ machte der Vorsitzende Mitteilung von einem in der Korrespondenzabteilung einer Potsdamer Druckerei ausgebrochenen Konflikt, der bereits die tariflichen Instanzen beschäftigt. Eine vorgenommene Kündigung eines Kollegen aus diesem Anlasse hat die betreffende Geschäftsleitung auf Vorkündigung werden der ertlichen Gehilfenleitung wieder zurückgenommen. — In der nächsten Versammlung am 8. Juni steht ein Vortrag über „Genossenschaftlichen Kleinhausbau“ auf der Tagesordnung. Hierzu sind auch die Damen der Mitglieder eingeladen.

Berlin. (Generalversammlung des Vereins der in Schriftsetzereien beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen). Der Vorsitzende berichtete zunächst über eine Schiedsgerichtssetzung, in welcher darüber zu entscheiden war, ob der Gelehr für Maschinenbruch haftbar gemacht werden kann. Im vorliegenden Falle zog die Firma ihren Schadenersatzanspruch zurück. In künftigen Fällen soll ein Schiedsgericht darüber entscheiden, ob grobe Fahrlässigkeit vorliegt. Die Versammlung brachte ihre Meinung dahin zum Ausdruck, daß wenn die Gehilfenhaftung künftig für Maschinenbruch haftbar gemacht würde, sie dafür eine stärkere Heranziehung der Entschädigung für unvermeidete Verfaummisse durchzuführen bestrift sein werde. Das Ausbleiben des Betriebs durch gemeinsames Anhalten der Maschinen wurde vom Schiedsgericht als im Widerspruch mit den Bestimmungen des Tarifs stehend betrachtet. Der Antrag der betreffenden Geschäftsleitung, die durch das Anhalten der Maschinen veräumte Zeit nachzuholen, wurde zurückgezogen. Die Prinzipale hatten ein justizrächtliches Gutachten ausfertigen lassen, worin der Beweis erbracht wurde, daß laut Gesetz der Arbeitgeber das Recht hat, jedem Arbeiter, der über 150 Mk. monatlich verdient, den verursachten Schaden vom Lohn abzuziehen. Dem Arbeiter dagegen stehe nur das Recht zu, dagegen zu klagen. Das Gutachten geht so weit, daß es das Recht dazu aus dem Berliner Schriftsetzertarife herleitet, weil es im § 3 heißt: Jeder Gehilfe haftet für ordnungsmäßige Arbeit und hat für den durch ihn entstandenen Schaden aufzukommen. Der Verlauf der Schiedsgerichtsverhandlung hat gezeigt, welchen Wert solche Rechtsgutachten haben, denn die gestellten Anträge auf Schadenersatz und Buße konnten nicht aufrechterhalten werden. Der Verein hat sich nachträglich ein Gegengutachten vom Verbandsvorsitzenden Döblin ausfertigen lassen, welches das erste Gutachten für Tarifverträge nicht anwendbar erklärt und namentlich hervorhebt, daß der § 3 des Schriftsetzertarifs nur Bezug habe auf das Arbeitsprodukt, nicht aber auf Maschinen und Werkzeug. Einem weiteren Schiedsgerichtsprotokoll gemäß werden Proben nicht mehr im Lohne, sondern nach dem Berechnungsmodus der Firma Wertvoll hergestellt. Wenn es sich um Arbeiten handelt, die eine ganz besondere Akkuratezse erfordern, kommt dieser Modus nicht in Anwendung. Ein Tarif für das Walzen der Messinglinien

ist in der Einführung begriffen. Den die Monopolegelmäßigkeit erlernenden Kollegen wurde zur Pflicht gemacht, sich vorher beim Vorstand anzumelden und nicht außer der Reihe auf eigene Faust sich bei der Gesellschaft zu melden. Künftig sollen Abmachungen zu freier Verfüch werden, wonach nur die mit einer Vorstandsbekanntmachung versehenen eingestuft werden. Von den Gehilfen einer größeren Offizin ist der Antrag vorbereitet, beim Gauvorstande für ein nochmaliges vierzehntägiges Aussehen die Genehmigung einzuholen, wenn keine Forderung des Geschäftsganges eintritt. Es handelt sich dabei um Leute, die eine Zeit von wenigstens sechs Jahren bei der Firma beschäftigt sind. Die Sparkassen zum Besuche der Leipziger Ausstellung 1914 bleiben nach dem Vorbilde des Gauvereins den Offizinen überlassen. Über den Stand der Tarifverhandlungen resp. deren Beendigung nahm die Versammlung die Berichte von Leipzig, Frankfurt-Offenbach und Stuttgart entgegen. Die Zahl der konditionenlosen Sieber beträgt in Berlin gegenwärtig 18, darunter 9 verheiratete. In den übrigen Städten Deutschlands macht sich in letzter Zeit ein Juridiziden bei der Konjunktur bemerkbar, aber im allgemeinen war das Jahr 1912 für die deutschen Schriftgießereien ein gutes zu nennen. In Berlin ging das Geschäft nicht so gut, nur die Mittelschicht Verhöb hatte guten Geschäftsgang. Die Gießereien verringern ihre Lager an Broschüren. Die Vergütung für die Funktionäre des Vorstandes wurde in der bisherigen Höhe belassen. Die Vorstandswahl ergab die Wiederwahl des gesamten Vorstandes (Vorsitzender C. Schneider, Kassierer S. Flachmann). Die nächste Versammlung wird dem Schriftgießerkongresse gewidmet sein, der diesmal einen vorwiegend informativem Charakter haben wird.

Döbeln. Ein großer Teil der Mitglieder des Ortsvereins Döbeln scharte sich am Morgen des 4. Mai zu einer im benachbarten Rohwein abzuhaltenden Wanderversammlung zusammen. Nach zweifündiger Wanderung langte man in Rohwein an. Der Döbeler Ortsverein hatte es sich angelegen sein lassen, die unorganisierten Rohweiner Brüder zu dieser Versammlung einzuladen. Leider waren von diesen nur fünf Kollegen erschienen. Nach herzlichen Begrüßungsworten seitens des Vorsitzenden Buchholz (Döbeln) wurde dem Referenten Gauvorfieber Wendische (Dresden) das Wort erteilt. Sein für diesen Zweck gewähltes Thema war: „Der Verband der Deutschen Buchdrucker und seine Unterfertigungseinrichtungen“. Der Referent führte in seinen markanten Ausführungen den Kollegen den Schutz des Verbandes in jeder Lebenslage vor Augen, und mit einem warmen Appell an die dem Verbande noch fernstehenden Kollegen, mit in die Reihen der Verbandsmitglieder zu treten und mitzuhelfen an der Verbandsarbeit, schloß der Referent seinen begeistert aufgenommenen Vortrag. Kollege Melzer sprach im Namen der erschienenen Rohweiner Kollegen seinen Dank für die interessanten Ausführungen aus und bemerkte, daß diese Worte auf keinen unfruchtbaren Boden gefallen seien. Hierauf sprachen noch Vorsitzender Buchholz und Kollege Drechsler (Döbeln) im Sinne des Referenten. Das Schlusswort des Gauvorfiebers brachte noch einige Erläuterungen und Ergänzungen hinsichtlich der Krankenunterfertigung innerhalb der Driskrankenkassen und des Verbandes. Hierauf schloß Vorsitzender Buchholz (Döbeln) die interessant verlaufene Versammlung mit einem Hoch auf den Verband. Der Erfolg dieser Wanderversammlung bestand darin, daß sich vier Kollegen aus Rohwein zum Verbande meldeten, denen jedenfalls noch mehrere Kollegen nachfolgen werden. Als Kassierer des Ortsvereins wurde Kollege Melzer, Rohwein, Räderstraße 20, bestimmt.

G. Hamborn-Margloh. In unserer Monatsversammlung am 3. Mai hielt Bezirksvorsitzender Palecki (Duisburg) einen interessanten Vortrag über: „Unsere Organisation, ihr Werden, ihr Wirken für die Gehilfenschaft in der Vergangenheit und in der Gegenwart“. Er beleuchtete in eingehender Weise die harten Kämpfe, welche geführt werden mußten, um dem Verbande zu seiner heutigen Größe zu verhelfen. Mit sehr großem Interesse verfolgten besonders die jüngeren Kollegen die Entstehungsgeschichte des Gutenbergbundes. Reicher Beifall besahnte den Redner für seine Ausführungen. Der vom Vorsitzenden verlesene Jahresbericht der hiesigen Driskrankenkasse gab Aufschluß über die Tätigkeit der christlichen Kassenvertreter. Wie überall, so kam auch hier wenig Gutes dabei heraus. Großen Ärger erregte die Entlassung eines Kollegen aus seiner Stellung infolge Erkrankung. Das Verhalten der in Betracht kommenden Firma wurde einer berechtigten Kritik unterzogen. Dem Wunsche der Kollegen entsprechend, mehr an die Öffentlichkeit zu treten, wurde beschlossen, das Johannisfest in größerem Rahmen zu begehen. Es findet am 12. Juli statt und soll bestehen aus Konzert, Theateraufführungen, Vorträgen und Tanz.

F. Kanau. Aus agitatorischen Gründen fand unsre Bezirksversammlung am 4. Mai in Klein-Steinheim statt. Der Besuch war befriedigend, nahmen doch 33 Kollegen aus Kanau, 12 aus Schaffenburg und einer aus Gelnhausen daran teil. Nach Erledigung des „Geschäftlichem“ erstattete Kollege Rautenberg den Kassenbericht. Der verhältnismäßig kleine Kranken- und Arbeitslosenstand im letzten Quartal ist als erfreuliche Erscheinung zu registrieren. Aber die Tarifausschubföhung referierte Gehilfenvertreter Porten (Frankfurt a. M.). Mit höchstem Interesse folgte die Versammlung seinen Ausführungen. Am Schluß seines Referats ermahnte der Redner die Anwesenden zu festem Zusammenhalten. Des ferneren beschloß die Versammlung die Abhaltung eines Bezirksjohannisfestes; eine Kommission wurde mit den nötigen Vorarbeiten betraut. Als nächster Versammlungsort wurde Schaffenburg gewählt. Neuaufgenommen in unsre Reihen wurden fünf Kollegen. Mit einem Hoch auf den Verband schloß Vorsitzender Weibrod die Versammlung.

Seilbronn. (Maschinenmeister. — Vierteljahrsbericht.) In der Versammlung am 3. März wurden die eingegangenen Neuauftragskarten besichtigt. Ein Vortrag wurde gehalten vom Kollegen Schneider über: „Die Anwendung des Auschnitts an Schnellpresse und Siegel“; ferner wurde beschlossen, einen Ausflug zu unternehmen. — Am 20. April hielt Kollege Sieg (Stuttgart) einen Vortrag über: „Der Druck von bunten Holzjungen“. An der Hand von einer Anzahl Drucksachen zeigte uns Vortragender die verschiedene Wirkung der Farben. Der Vortrag fand den Beifall der Versammlung. — Am Pfingstsonntage fand unser Ausflug ins Mühlbachtal statt. Morgens 6 Uhr wurde mit 24 Teilnehmern nach Jagstfeld gefahren. Von hier aus ging es unter strömendem Regen zu Fuß nach Hammersheim, das selbst wurde das Mittagessen eingenommen. Inzwischen heitere sich das Wetter auf und der Humor kam wieder zur Geltung. Um 2 Uhr ging es über Burg Spornberg nach Mosbach, wo die Teilnehmer bis zur Abfahrt des Zugs noch einige Stunden gemächlich zusammenblieben.

Kaiserslautern. (Vierteljahrsbericht.) In der Versammlung vom 22. Februar wurde Bericht erstattet über die Bezirksvorsitzerkonferenz. Die Vorschläge der Gauvorsitzerkonferenz über die Abänderungen der zu gewährenden Unterfertigungen wurden einer eingehenden Besprechung unterzogen. Die vom Vorstande vorgeschlagenen Abänderungsvorschläge zur Generalversammlung in Danzig fanden Annahme. Bei Aufstellung der Kandidaten zur Generalversammlung wurde der Mainzer Vorschlag akzeptiert. — Die Versammlung vom 29. März war wieder schwach besucht. Das Johannisfest findet am 13. Juli auf der „Löwenburg“ statt im Anschluß an die vormittags stattfindende Halbjahrsbezirksversammlung. Der Vorsitzende machte auf den Artikel „Vehrlingsausbildung und Anleitungsbefugnis“ in Nr. 29 des „Korr.“ aufmerksam und erluchte die Mitglieder, die praktische Ausübung daraus zu ziehen. — In der Versammlung vom 26. April wurde nach Erstattung des Kassenberichts pro erstes Quartal in eine Besprechung der Anträge zur Generalversammlung des Verbandes eingetreten. Nach Erledigung einiger interner Angelegenheiten machte der Vorsitzende auf die tariflichen Bestimmungen bei der LehrlingsEinstellung aufmerksam und bat die Kollegen, von der Reisparkasse zur Graphischen Weltausstellung in Leipzig 1914 regen Gebrauch zu machen.

Königsbrunn. (D. S.) Die am 3. Mai abgehaltene Monatsversammlung hatte sich einen guten Besuch zu erfreuen. Vier Kollegen, darunter drei Neuausgelernte, wurden in den Verband aufgenommen. Unter „Bereitsmittelungen“ berichtigte der Vorsitzende, daß der Gutenbergbund mit allen Mitteln arbeitet, um die hiesigen Verbandsmitglieder in dem für die Tarifgemeinschaft neugewonnenen Geschäft anzuschließen. Sogar das Tarifamt würde mit schwindelhaften Angaben bedacht. Wir wollen vorläufig darauf nicht näher eingehen. Hierauf wurde ein Bericht des hiesigen Ortsvereins Königsbrunn in Nr. 17 des „Typograph“ verlesen. Darin wird das Programm des zehnjährigen Stillungsfestes ausgeführt und darüber fidele bestätigt, daß sofort der „neue“ Ortsverein des Bundes gegründet wurde, als im Januar 1903 die Verbandsmitglieder gehen mußten. Allgemeine Heiterkeit erregte die in dem genannten Berichte verzeichnete Aufnahme eines „früheren Verbandsmitglieds“ im Gutenbergbund. Der betreffende Gehilfe hatte sich nämlich zweimal zur Aufnahme in den Verband gemeldet, wurde aber beidemal abgewiesen. Es blieb ihm nicht andres übrig, als im Gutenbergbund zu landen, wo es mit der Aufnahme nicht so genau genommen wird. So sieht in Wirklichkeit das „frühere Verbandsmitglied“ aus! Auf die Angriffe in dem Bericht einzugehen, erübrigte sich, da diese nicht uns treffen, sondern nur den Bund selbst. Wie es mit der Tariffreue des Bundes aussieht, davon liefert unser Gaubericht unter Nikolai einen Beweis. Wörtlich heißt es dort: Von der Maleschen Druckerei ist zu berichten, daß dort immer noch die zehnfündige Arbeitszeit herrscht, bei zwei Gehilfen vier Lehrlinge. Einer von den Gehilfen ist Gutenbergbündler. Sier möge der Gutenbergbund erst Remedur schaffen und sich dann um die Verbandsmitglieder kümmern. Des weiteren wurde in der Versammlung beschlossen, das Johannisfest in Form eines gemütlichen Beisammenseins zu begehen.

Landshut. In der am 3. Mai stattgehabten Quartalsversammlung erstattete der Kassierer Bericht über die Kassenverhältnisse im abgelaufenen Quartal und erwarb sich für seine ausgezeichnete Kassenführung den Dank der Versammlung. Nach Erledigung eines Aufnahmegeruchs und einiger Vereinsangelegenheiten schloß der Vorsitzende die Versammlung, an die sich ein von einem früher hier konditionierenden Kollegen gegebenes Zitherkonzert anschloß. Der Vortragende verstand durch sein virtuoscs Spiel wie durch gelangliche Darbietungen ernsten und heiteren Inhalts die Kollegen lange beisammenzuhalten, und sicher hat dieser Abend zur Weidung des Kollegialitätsgefühls beigetragen.

Leipzig. (Stenotypenre und Galvanoplastiker.) Unsre Spezialvereinigung hielt am 4. Mai eine außerordentliche Generalversammlung ab, die sich in der Saupflichte mit der Abschaffung der Unterfertigungen zu befassen hatte. Die Zentralkommission, welche ein großes Interesse an der Regelung der Unterfertigungsfrage hatte, war vertreten durch die Kollegen Siebler und Schellbach (Berlin). Der Vorsitzende stellte die Notwendigkeit der Abschaffung der Unterfertigungseinrichtungen den Versammelten eindringlich dar, wobei er durch den Kollegen Siebler unterstützt wurde, welcher den Standpunkt des Verbandsvorstandes und der Zentralkommission in dieser Angelegenheit eingehend präzisierete. Nach längerer Debatte wurde fast einstimmig beschlossen, die Arbeitslosen- und Invalidentunterfertigungen ab 1. Juni d. J. zu liquidieren. Hierzu schiebt der Verein 5000 Mk. seines Vermögens ab.

Als Liquidationskommission wurden der jeweilige Vorsitzende, der jeweilige Kassierer und ein vom Vorstand aus seiner Mitte zu wählender Beisitzer bestimmt. Zur Statutorenberathungskommission wurden außer den Obengenannten noch zwei weitere Kollegen gewählt. Eine längere Debatte entspann sich über die Festlegung der Beiträge, die hauptsächlich von den Kollegen Ammon, Vogel, Siebler, Wilke, Köhler, Müller und Schellbach bestritten wurde. Ein während der Diskussion gestellter Antrag, den Beitrag auf 10 Pf. pro Woche festzusetzen, wurde mit großer Mehrheit zum Beschluß erhoben. Auf Antrag wurde weiter einstimmig beschlossen, alle Vierteljahre eine Versammlung Sonntags abzuhalten, um den Nachbararbeitern Gelegenheit zu geben, sich am Versammlungslieben zu beteiligen. Ferner wurde beschlossen, in Zukunft die Versammlungsberichte wieder im „Korr.“ zu veröffentlichen. Nach Erledigung einiger interner Vereinsangelegenheiten wurde die gutbesuchte Versammlung geschlossen.

Neubabelsberg. (Vierteljahrsbericht.) In der Januarversammlung wurde der ausführliche Jahresbericht des Vorstandes für 1912 erstattet. — In der Februarversammlung hielt Kollege Söhne (Neukölln) einen Vortrag über: „Die Sechsmaschine und ihre Wirkung auf das Buchdruckergewerbe“. Der Redner verstand es, in kurzen Zügen ein vorzügliches Bild der durch die Sechsmaschine geschaffenen Lage in unserm Gewerbe zu geben. Reicher Beifall lohnte seine Ausführungen. Hierauf wurde noch der Kartellbericht erstattet. Von 81 Mitgliedern waren 39 in der Versammlung anwesend. — Für die Beratung der Anträge zur Generalversammlung wurde eine außerordentliche Versammlung anberaumt, in welcher auch die Anträge des Verbandsvorstandes und der Gauvorsitzer klar unter die Lupe genommen wurden. In dieser Versammlung war Bezirksvorsitzender Wesenberg anwesend. — Die Märzversammlung hatte sich nur mit internen Angelegenheiten zu befassen. Diese Versammlung besuchten von 83 Mitgliedern leider nur 29.

o o o o o Rundschau o o o o o

Erledigter Konflikt. Bei der Verlagsgesellschaft deutscher Konsumvereine in Hamburg war wegen der Weigerung dreier Kollegen, der Unterfertigungskasse des Zentralverbandes deutscher Konsumvereine beizutreten, ein Konflikt entstanden, da die drei aus diesem Grund entlassen worden waren. Das Tarifschiedsgericht in Hamburg erklärte diese Entlassung nach den Bestimmungen des Tarifs für tarifwidrig. 78 Kollegen hatten ihre Kündigung eingereicht, um die Wiedereinstellung der drei zu erreichen. Am 19. Mai schied sie aus dem Betrieb aus. Der Verbandsvorstand entsandte den Kollegen Döbeln nach Hamburg, um eine Einigung in diesem ungewöhnlichen Konfliktstille herbeizuführen. Nach Drucklegung der vorigen Nummer ging uns aus Hamburg die einseitige telegraphische Nachricht zu, daß nach langwierigen Verhandlungen der Konflikt beigelegt werden konnte, und daß sämtliche 78 Kollegen in ihr altes Arbeitsverhältnis wieder eintreten. Der „Korr.“ konnte selbstverständlich im Stadium der Einigungsverhandlungen nichts über diese bedeutungsvolle Angelegenheit bringen. Eine für das Hamburger „Echo“ bestimmte offizielle Erklärung zu der Sache war bei Redaktionsschluß für uns noch nicht erreichbar.

Ferien! Die Firma Sonaer Zeitungsverlag und Druckerei, G. m. b. H., in Sona a. d. Wöser (Lager der „Sonaer Zeitung“) bewilligte ihrem gesamten Personal drei freie Tage.

Meisterprüfung. Vor der Handwerkskammer in Stralburg i. Elb. legten der Seher Ludwig Harnsen und der Maschinenmeister Hermann Keitel die Meisterprüfung mit Erfolg ab.

Hauterkrankungen durch Waschmittel. Der letzte Jahresbericht der Driskrankenkasse für das Buchdruckergewerbe in Berlin enthält recht beachtenswerte Mitteilungen über eine seit mehreren Jahren bei Angehörigen des Buchdruckergewerbes auftretende Hautkrankheit. Bei dieser als Gewerbeekzem bezeichneten Krankheit zeigt die Haut der Hände und Unterarme (um diese handelt es sich fast ausnahmslos) den Zustand einer Reizung, oft sogar einer starken Verbrennung. Die Haut ist stark gerötet und gepulst, füllt sich heiß an und beginnt bald sich in Blasen abzugeben. Besteht die Krankheit längere Zeit, so treten Abschürfungen und Abheilungen ein. Da solche Erkrankungen im vergangenen Jahre besonders bei dem Personal einer großen Druckerei sehr zahlreich auftraten und die Betroffenen längere Zeit arbeitsunfähig machten, versuchte der Vorstand der obengenannten Krankenkasse, über die Ursache der Erkrankungen Klarheit zu erlangen. Er wandte sich an die Prinzipale sowie auch an die Vertrauensleute einer größeren Zahl von Druckereien mit dem Ersuchen, ihm nähere Mitteilungen über das Auftreten der Erkrankungen und über die zum Waschen der Formen und Wäsen usw. verwendeten Präparate zugehen zu lassen; die Prinzipale wurden außerdem um Einsetzung von Proben der Waschmittel gebeten. Letztere wurden in dem öffentlichen chemischen Laboratorium in Berlin, Luisenstraße 21, einer Untersuchung unterzogen, die das Ergebnis hatte, daß bei verschiedenen Waschmitteln, wie Laugen und Serpentinseifenmitteln, außerordentlich gesundheitschädliche Eigenschaften

(Fortsetzung in der Beilage)

Korrespondent für Deutschlands Buchdrucker und Schriftgießer

Einzelnummern 5 Pfennig das Exemplar, solche mit älterem Erscheinungsdatum bis zu 25 Pfennig.

Beilage zu Nr. 56 — Leipzig, den 20. Mai 1913

Redaktionschluss: Dienstag, Donnerstag und Sonnabend früh zur jeweilig nächsten Nummer.

(Fortsetzung aus dem Hauptblatte.)

festgestellt wurden. Als beste Wachsmittel bezeichnet Dr. Zeller, der Vorstand des genannten Laboratoriums, auf Grund seiner Untersuchungen in erster Linie Paraffinöl, dann Petroleum und schließlich Terpentinöl. Jedoch müßten auch diese bestimmten Anforderungen entsprechen. In Anbetracht der großen Schädigungen, die somit die Verwendung nicht kontrollierter Wachsmittel für die in Betracht kommenden Arbeiter im Besonderen haben kann, erscheint es deshalb dringend erforderlich, diese Wachsmittel einer öfteren und ständigen Kontrolle zu unterwerfen. Das genannte Laboratorium ist bereit, eine solche Kontrolle gegen mäßige Honorierung zu übernehmen, wobei zu bemerken ist, daß gerade dieses Laboratorium über die Giftigkeit der Terpentinölpräparate und Benzine mehrfach wissenschaftliche Arbeiten veröffentlicht hat. Im Interesse der beteiligten Arbeiter liegt es jedenfalls, wenn die Beschaffenheit der zur Verwendung kommenden Wachsmittel festgestellt wird.

Buchgewerbliche Submissionsliste. Eine Krankenkasse in Bielefeld hatte den Neudruck ihres Statuts zu vergeben und erhielt von sieben größeren Firmen am Orte folgende Offerten: 600, 705, 725, 825, 950, 1150 und 1650 Mk., und zwar für eine Auflage von 15000, Propagandafarmlat, 68—72 Seiten stark, Umschlag blau, Altklebeband mit Einleit-, gedrucktes Manuskript, Papier und Ausführung nach Vorlage. Wie bei diesen Festsetzungen, leicht zu berechnenden Bedingungen eine Differenz von 1050 Mk. oder um 175 Proz. entstehen konnte, ist einfach rätselhaft. Nicht mit Unrecht bemerkt dazu unser Gewährsmann: „Wenn die Prinzipale überal so verfahren wie hier, dann dürfte es an der Zeit sein, sich weniger mit den Gehilfen als mit sich selbst in bezug auf Kalkulationsleistungen zu beschäftigen, damit ihnen das gute Geschäft nicht veräußert wird.“

Mittheilung Konkurrenzverhältnisse. In Ravensburg haben unferne Kalkulationsverhältnisse zwischen der „Oberschwäbischen Volkszeitung“, einer neugegründeten Zeitung, und dem im 110. Jahrgange stehenden „Oberschwäbischen Anzeiger“, wobei nach uns zugegangenen Berichten die Leistung der erstgenannten Zeitung mit sonst nicht üblichen Massen kämpft, zu einem Inferatendoykotte gegen den „Oberschwäbischen Anzeiger“ durch den Rabattparverein und den Kaufmännischen Verein geführt. Der Zweck des Doykottes ist darstellend: eine Herabsetzung der Inferatenpreise zu erreichen. Die Anwendung solcher Pressionsmittel ist aber im vorliegenden Fall um so ungerechter, als die gleiche Waffe, gegen die Mitglieder der genannten beiden Vereine angewandt, jedenfalls deren größte Entrüstung hervorgerufen würde. Außerdem ist diese Kampfmethod gegen den „Oberschwäbischen Anzeiger“ auch noch deshalb eine große Ungerechtheit, weil diese Zeitung vor Jahren im Interesse der Ravensburger Kaufleute auf die Inferate der Warenhäuser verzichtete und sich so mindestens 20—30000 Mk. für Inferate ersparen ließ. Heute aber schließen sich die Ravensburger und Weingartener Kleinhandl. mit den Warenhausbesitzern zu einem Inferatendoykotte gegen den „Oberschwäbischen Anzeiger“ zur Herabdrückung anfänglicher Preise und zur Förderung gewerbschädlicher Konkurrenz an. Daß ein solches Treiben noch von einem Zeitungsverlag in Ravensburg selbst heimlich gefördert wird, ist das Bedenklichste an der ganzen Sache. Jedemfalls wird es unter solchen Umständen dringend nötig, daß der Verein Deutscher Zeitungsverleger oder der Deutsche Buchdruckerverein den feindseligen Brüdern in Ravensburg klarmachen würde, wie sehr sie durch einen solchen Konkurrenzkrieg das Zeitungsgewerbe schädigen.

Generalversammlung des Verbandes der Lithographen und Steindrucker. Die neunte Generalversammlung des Verbandes der Lithographen findet vom 10. August ab in Stuttgart statt. Die vorläufige programmatische Tagesordnung lautet: 1. Wahlen des Bureaus und der Mandatsprüfungskommission. 2. Technische Umwälzungen im graphischen Gewerbe. 3. Geschäftsberichte: a) des Hauptvorstandes, b) des Zentralausschusses, c) der Redaktion, d) der Prehkommision. 4. Unsere Lohnbewegungen (nichtöffentliche Sitzung). 5. Unsere Lehrlingsabteilung. 6. Statutberatung. 7. Stellungnahme zum Gewerkschaftskongress und Wahl der Delegierten. 8. Stellungnahme zum internationalen Kongress und Wahl der Delegierten. 9. Allgemeine Anträge. 10. Wahlen: a) Sitz des Hauptvorstandes, des Zentralausschusses, der Redaktion und der Prehkommision; b) der Verbandsangehörigen; c) des Orts der nächsten Generalversammlung.

Von der Generalversammlung des Deutschen Faktorenbundes. Dem „Neuen Stuttgarter Tagblatt“ entnehmen wir über die vom 10. bis 12. Mai in Stuttgart abgehaltene siebente ordentliche Generalversammlung folgendes: Aus dem umfangreichen Geschäftsbericht ist zu entnehmen, daß der Bundesvorstand während seines Bestehens ein Vermögen von 400000 Mk. anwachsen konnte und daß die Gesamtsumme der von ihm gezahlten Unterfertigungen am 31. März 1913 sich auf 269351,80 Mk. belief. Es wurde gezahlt an Sterbegeld 22750 Mk., Witwen- und Waisenunterfertigung 86985 Mk., Unzulagsunterfertigung 34734,60 Mk., Nachlagenunterfertigung 5355,20 Mk., Invalidenunterfertigung 11965 Mk. und Stellen-

losenunterfertigung (seit dem 1. Juli 1911) 7562 Mk. Ferner hatte sich die Generalversammlung mit der Ertragswahl für den verstorbenen Bundesvorsitzenden, Stadthagen zu beschäftigen, an dessen Stelle Paul Winkler (Berlin) gewählt wurde. Als Sitz des Bundes wurde wieder Berlin bestimmt. Ferner wurde beschloffen, das Bundesblatt, „Die Graphische Welt“, das am 1. Januar 1914 durch Vermeidung in den Besitz des Bundes übergeht, von genanntem Zeitpunkt ab wöchentlich erscheinen zu lassen. Eine eingehende Aussprache fand das Reichsversicherungsgezet für Angestellte in seiner Wirkung auf die wirtschaftlichen Verhältnisse der Bundesmitglieder und auf die fernere Gestaltung des Bundes. Hierbei wurde zum Ausdruck gebracht, daß die Angestelltenversicherung durchaus nicht allen Bedürfnissen der Bundesmitglieder gerecht wird, daß vielmehr die Unterfertigungseinrichtungen in jeder Form beibehalten werden müssen. Aus einer Erhebung des Bundesvorstandes ergibt sich, daß die Mehrbelastung der Mitglieder seit Inkrafttreten des Gesetzes eine sehr starke ist. Zu alledem kommt die teure Lebenshaltung, an deren Zurückgehen nicht zu denken ist. Vergleicht man andererseits hiermit die zum Teil so niedrigen Faktorengelälter, so entrollen sich uns Bilder von einem stillen, aber deshalb um so erschütternderen Lebenskampfe, den eine große Zahl Faktoren zu führen hat. Die Generalversammlung hat sich deshalb in einer entsprechenden Entschloßung an den Deutschen Buchdruckerverein, als der berufenen Vertretung der deutschen Prinzipale, gewandt, mit der Bitte, diesen veränderten Verhältnissen durch Gehaltsaufbesserung Rechnung zu fragen. Ferner erließ die Generalversammlung die im Laufe der Jahre notwendig gewordenen Änderungen der Satzungen, wobei den Anträgen, den Mitgliederkreis etwas zu erweitern, Rechnung getragen wurde. Auch die Fürsorge für sich in Not befindliche Mitglieder soll in größerem Maße als bisher Platz greifen. Endlich wurde beschloffen, die nächste Generalversammlung in Dresden abzuhalten.

Erstschütterung durch Schnellpressen. In einer New Yorker Buchdruckerei waren 18 Schnellpressen in der Richtung Ost—West und 7 in der Richtung Nord—Süd aufgestellt. Das Gesamtgewicht der beiden Gruppen betrug 6 und 10 Tonnen. Die durch den Gang der Schnellpressen hervorgerufene Erstschütterung verursachte in dem durch einen kleinen Hof getrennten sechs Stock hohen Nachbarhause bedeutende Schäden. „Dort“ gestörte „Verdächtigungen“ der Geschütterungen wurde festgestellt, daß die Stellung der Maschinen von großem Einfluß auf die Erstschütterungen sei. Es wurden nun alle Pressen in der Richtung Nord—Süd aufgestellt, und zwar parallel zu dem bedrohten Haus, und letztere bleiben die Erstschütterungen ohne Nachteil.

Die Opfer der täglichen Berufsarbeit. Die liberale Wochenchrift Dr. Friedrich Naumanns, „Die Hilfe“, der wohl niemand den Vorwurf „sozialdemokratischer Verheerung“ machen kann, wie dies gewöhnlich die meisten Unternehmerblätter gegenüber der freien Gewerkschaftspresse tun, wenn letztere die Gefahren der täglichen Berufsarbeit in deutscher Art beleuchtet, nimmt in ihrer Nr. 19 vom 8. Mai d. J. zu den Rechnungsergebnissen der deutschen Berufsvereinigungen für das Jahr 1911 folgendemassen Stellung: „Die wenigsten Menschen, die schauernd die Totenlisten bei großen Massenunfällen überfliegen, denken an die weit umfangreicheren Listen der Schwerverletzten und Toten, die alljährlich das harte Berufsleben fordert. Das Reichsversicherungsamt hat kürzlich die Nachweisung der Rechnungsergebnisse der Berufsvereinigungen pro 1911 veröffentlicht. Danach sind im Jahre 1911 nicht weniger als 716584 Betriebsunfälle angemeldet worden, darunter 132114 Schwerverletzte und 9443 Tote. Diese grauenvolle Ziffer wirkt um so erschütternder, wenn man sich erinnert, daß der Deutsch-Französische Krieg 1870/71 auf deutscher Seite nur 116756 Tote und Verwundete verzeichnete. Wieviel Unglück, wieviel Elend, aber auch welche schwere Anlagen liegen in dieser hohen Unfallziffer eines einzigen Jahrs! Die Vorichts- und Schutzmaßregeln sind immer noch viel zu gering; das Antreibesystem in einer großen Anzahl von Betrieben ist mitschuldig, und schließlich wird die Zahl auch leider gesteigert durch eine gewisse Gleichgültigkeit bei den Arbeitern gegen die Unfallgefahren an den Maschinen. In den letzten 25 Jahren, also seit Inkrafttreten der Unfallversicherung überhaupt, sind in der deutschen Industrie für 2387752 Unfälle Entschädigungen gezahlt worden. Davon sind 187794 Verletzungen mit Todesfolge zu verzeichnen. Wie bekannt, erfolgt erst dann eine Unfallentschädigung, wenn der Unfallverletzte 13 Wochen nach Eintritt der Verletzung noch erwerbsbeschränkt ist, so daß die Zahl der Unfälle noch eine viel, viel höhere als die oben mitgeteilte ist. Von der schon erwähnten Zahl der entschädigungspflichtigen Unfälle haben außer denen, die zum Tode führten, 45046 tödliche und 1095782 teilweise dauernde Erwerbsunfähigkeit veranlaßt. 1050130 Unfälle bedingten vorübergehende Erwerbsunfähigkeit.“ Es kommt in diesen Worten nichts anderes zum Ausdruck, als was wir selbst zu dem gleichen Thema schon oft, wenn auch nicht in so scharf verurteilender Weise geäußert haben. Wenn man aber überlegt, daß diese Stellungnahme von einer Seite ausgeht, die der Vertretung von Arbeiterinteressen unparteiischer gegenübersteht als irgend ein

Gewerkschaftsblatt, so kann man daran ermessen, wie berechtigt es von der eigentlichen Arbeiterpresse ist, wenn sie die Schattenseiten der heutigen Arbeitsmethoden mit ihren großen Gefahren für Gesundheit und Leben der Arbeiterschaft sowie ungerechte Vorwürfe der Berufsgenossenschaften gegenüber den Versicherern in ähnlicher Weise kritisiert und bekämpft, und zwar mit um so mehr Recht, als der größte Teil aller Betriebsunfälle das Konto der Krankenkassen in außerordentlicher Weise belastet, wozu bekanntlich die Arbeiter selbst zwei Drittel der Beiträge aufzubringen haben.

Überflüssige Zerpfaltung der Volksversicherung. In Nr. 52 haben wir unter vorstehender Stichmarke davon Mitteilung gemacht, daß in Hamburg ein besonderer Abstinenzlebensversicherungsverein ins Leben gerufen wurde, um den der Abstinenzbewegung Angehörigen eine besondere Versicherungsmöglichkeit zu bieten. Im Hinblick auf die schon seit Jahr und Tag schwebende Frage der Errichtung einer auf gewerkschaftlich-gesellschaftlicher Grundlage beruhenden Volksversicherung, wie sie erst in den letzten Tagen durch Genehmigung der „Volksfürsorge“ einer Bewerksichtigung nähergeführt wurde, haben wir diese „Abstinenzversicherung“ als überflüssige Zerpfaltung der Volksversicherung bezeichnet. Das hat nun begrifflicherweise den Beifall der Leitung der in Frage kommenden Abstinenzlebensversicherung gefunden. Sie schloß sich daher einer großen Schreibe, in dem unsere Auffassung zu widerlegen und die Notwendigkeit einer besonderen Lebensversicherung für Abstinenzler nachzuweisen versucht wird. Da wir selbstverständlich von der Bedeutung der „Volksfürsorge“ für die Arbeiterschaft eine viel höhere Meinung haben als die Leitung der Abstinenzlebensversicherung, so konnte uns deren Schreiben auch nicht davon überzeugen, daß diese Abstinenzversicherung keine bedauerliche Zerpfaltung der der Arbeiterschaft besonders förderlichen Volksversicherung ist. Nur halten wir uns verpflichtet, festzustellen, daß die Vorarbeiten für die Abstinenzlebensversicherung vor jenen für die „Volksfürsorge“ im Gange waren, und somit keine absichtlichen Zerpfaltungsversuche vorliegen. Im übrigen halten wir aber unser Urteil, wie wir es in Nr. 52 kurz zusammenfassend, aufrecht und bedauern nochmals, daß durch diese Gründung innerhalb der Abstinenzbewegung abermals eine Einrichtung getroffen wurde, die einer besseren wirtschaftlichen Sozialisation der Arbeiterschaft, wenn nicht gerade heftigster schädlich, so doch auch nicht förderlich ist.

Die Notwendigkeit internationaler gewerkschaftlicher Verbindung. Einen drastischen Beweis für die Notwendigkeit besserer internationaler Verbindung und Zusammenarbeit der Gewerkschaften erbringt das Blatt des amerikanischen Granitbauerverbandes, das übrigens auch über die eine nachnamenswerte Aufnahme zeigt. Kürzlich wurde in Toronto der Auftrag für die Errichtung eines Mauoleumens einer Firma übergeben, die mit der Gewerkschaft nichts zu tun haben will. Es waren unter andern 28 korinthische Säulen mit den üblichen Socheln aus Granit zu hauen. Da für diese Arbeit kompetente Arbeiter unter den Anorganisierten nicht zu finden sind, laudte die Firma das Rohmaterial nach Schottland, ließ es dort in einer feinsten Werkstatt bearbeiten und wieder nach Toronto in Kanada zurückschicken, wo der übrige Teil der Arbeit von Nichtorganisierten ausgeführt wurde. Trotz der hohen Frachtkosten nach und von Schottland konnte diese Firma die Arbeit billiger liefern als amerikanische feinstreue Geschäfte. Derartige Vorfälle in der Tat verhindern werden können. Die enge Verbindung, welche die Gewerkschaften der Länder des europäischen Kontinents untereinander geschlossen haben, machen bei ihnen solche Vorkommnisse in der Tat fast unmöglich. Es muß aber gesagt werden, daß bis vor wenigen Jahren die englischen und amerikanischen Gewerkschaften solchen Verbindungen nur selten Bedeutung beimahen. Vielfach beschränkten sie davon gar noch eine Verneinung der so unerwünschten Zuanderung aus andern Ländern. Seit dem Anschlusse des amerikanischen Arbeiterbundes an das Internationale Sekretariat ist das gewiß schon besser geworden, und ist nur zu hoffen, daß auch die einzelnen Berufs- und Industrieorganisationen in England und Amerika sich mehr noch wie bisher ihren internationalen Berufssekretariaten anschließen. Dann wird es auch möglich sein, den immerwährenden Verfechten der Unternehmer, die Arbeiter der einzelnen Länder gegeneinander auszuspielen, einen kräftigen Damm entgegenzusetzen.

Briefkasten.

S. Th. in F.: Durch Zusammenfassung in dieser Nummer erledigt. — L. G. in W.: Alles erhalten. Bemerkung wird befolgt. — S. B. in Habersleben: 1. Die gewünschte Adresse des Sekretärs der Typographen Nr. 7 in New York lautet: Paul S. Schubert, 16 North William Street, 2. Mein. 3. Vom Hauptvorstande durch Vermittlung des Gauvorstandes.

Zur genaueren Beachtung! Wer an den „Korr.“ etwas zu berichten oder beim „Korr.“ etwas anfragen hat, muß unter allen Umständen folgendes beachten:

1. Manuskriptpapier nicht auf beiden Seiten beschreiben;
2. Keine Blei- und auch keine Feinleiste verwenden;
3. Nicht zu eng schreiben, damit reaktionelle Änderungen oder stilistische Verbesserungen vorgenommen werden können;
4. Durch Korrekturen, Abänderungen oder Zusammenstreichungen nicht das Manuskript unlesbar machen;
5. Namen und Ziffern recht deutlich schreiben;
6. Berichte vom Vorlesenden gegenzeichnen lassen und Artikelein einen Ausweis über die Mitgliedschaft zum Verbands beifügen!
7. Einreichungsfrist für Berichte eine Woche nach Stattfinden der betreffenden Versammlung;
8. Wichtig fränkieren, da sonst Annahme verweigert werden muß und durch Rücksendung dann unangenehme Verzögerung der Aufnahme eintritt;
9. Die Sperrung von Druckerzeilen infolge entstandener Differenzen erfolgt nur durch besondere Bekanntmachung des Verbandes vor Ort, die Mitteilungen über den Absbruch von Konstanten sind daher nicht an die Redaktion, sondern nur an erstere Adresse zu richten. Im „Korr.“ kann erst nach vorausgegangener Bekanntgabe durch den Verbandsvorsitzenden eine nähere Schilderung der Differenzen erfolgen;
10. Anfragen an den „Korr.“ dürfen nicht Auslegungen des Verbandsstatuts oder des Tarifs zum Gegenstand haben, auch dürfen sie sich nicht auf Dinge beziehen, die völlig außerhalb des Gewerbes und Berufs liegen, denn der „Briefkasten“ ist kein allgemeines Auskunftsbureau. Schriftliche Antworten werden überhaupt nicht erteilt, auch nicht, wenn Freimarken der Anfrage beigelegt sind;
11. Redaktions- und Einzelschluß: für die Dienstagnummer am Sonnabend früh, die Donnerstagsnummer am Dienstag früh und die Sonnabendnummer am Donnerstag früh.

Verbandsnachrichten
 Verbandsbureau: Berlin SW 29, Chamißplatz 511.
 Fernsprecher: Amt Kurfürst, Nr. 1191.

Gau Berlin. (Wahl von 24 Delegierten zur Generalversammlung des Verbandes in Danzig.) Abgegebene Stimmzettel 8657, davon ungültig 141, verbleiben gültig 8516, absolute Mehrheit 4259. Es erhielten Stimmen: Massini 7601, Schleffer 7555, Reichmann 7355, Braun 7162, Albrecht 7130, Ebel 6733, Greulich 6670, Gülle 6480, Marau 6048, Ruf 5833, Schiefner 5782, Wachs 5768, Olberg 5690, Burmeister 5682, Adam 5652, Ahrens 5645, Giesede 5598, Faber 5580, Schneider 5573, Mufflall 5542, Raubut 5513, Wielepp 5488, Oberüber 5444, Gröning 5328, Monitski 5313, Martini 5303, Achermann 5165, Müller 5164, Wachse 4901, Virkus 4878, Bierath 4870, Lampe 4848, Rütge 4713, Strieder 4663, Zwirner 4184, Eising 3455, gerpfliffert 75. Die Namen der gewählten Kollegen sind gesperrt gedruckt.

Gau Oberhein. (Delegiertenwahl zur Generalversammlung in Danzig.) Abgegeben wurden 1177 Stimmzettel, davon 18 ungültig. Absolute Mehrheit 580 Stimmen. Es erhielten Stimmen: Lindenlaub (Freiburg) 1024, Erb (Karlsruhe) 732, Laub (Lahr) 606, Schulz (Freiburg) 464, Müller (Freiburg) 359, Baffian (Freiburg) 225. Die gesperrt gedruckten Namen sind die der Gewählten.

Gau Oder. (Delegiertenwahl zur Generalversammlung.) Gesamtzahl der abgegebenen Stimmzettel 1892, ungültig 15, bleiben 1877 gültige Stimmen, absolute Mehrheit 939. Es erhielten A. Bär 971, R. Bering 615, E. Duchateau 728, P. Hannack 1518, E. Müller 666, D. Müller 1038, D. Poniat 1073, R. Rabener 583, W. Reinhardt 542, R. Wesenberg 1303 Stimmen; zerpliffert 97. Die gesperrt gedruckten Namen sind die der Gewählten.

Gau Posen. (Rekultiv der Delegiertenwahl zur Generalversammlung.) Es wurden 419 Stimmzettel abgegeben. Davon erhielten A. Lorenz (Bromberg) 125, F. Wagner (Posen) 190, D. Wegner (Posen) 68, R. Wiemer (Posen) 34, ungültig 2 Stimmen. — Bei der am 9. Mai stattgefundenen Stichwahl gingen 408 Stimmen ein. Davon erhielten A. Lorenz (Bromberg) 161, F. Wagner (Posen) 238, ungültig 9 Stimmen. Mitsin ist Kollege F. Wagner als Delegierter zur Generalversammlung in Danzig gewählt.

Bezirk Bochum. Die verehrl. Verbandsfunktionäre werden gebeten, dem Seher Heinrich Landua aus Friesenheim, eingetreten in Recklinghausen-Süd, die Hauptbuchnummer 95033 einzutragen zu wollen.

Markneukirchen. Die Seher Ernst Köhler (Hauptbuchnummer 92121) und Otto Ehrenreich (Hauptbuchnummer 80605), welche beide am 24. Januar hier aus Kondition traten, werden hiermit aufgefordert, ihren Verpflichtungen dem Gastwirte Gustav Stöb, hier, binnen acht Tagen nachzukommen, andernfalls vom heiligen Ortsverein Ausschluß beantragt wird. Die verehrl. Funktionäre werden gebeten, diese beiden auf diese Notiz aufmerksam zu machen.

Adressenveränderungen.
 Fürth i. B. Kassierer: Emil Vogel, Kaiserstr. 23 III. Goch (Rhld.). Vorlesender: Heinrich Hüls, Kalkarer Straße 21; Kassierer: Lamb. Claasen, Klever Str. 56. Kirchheim (M.-L.). Vertrauensmann: Karl Mirdorff, Döbrilugh, Bahnhofstraße 4.

Zur Aufnahme gemeldet
 (Einwendungen innerhalb 14 Tagen an die beigelegte Adresse):
 In Berlin die Seher 1. Reinhold Burkert, geb. in Berlin 1893, ausgl. daf. 1912; 2. Ernst Neumicke, geb. in Ravensburg (Bomm.) 1878, ausgl. daf. 1897; 3. Anton Nück, geb. in L.-Lindenau 1888, ausgl. in Berlin 1908; 4. der Maschinenseher Max Hoffmann, geb. in Frenstaf 1874, ausgl. daf. 1892; 5. der Drucker Erich Maus, geb. in Friedrichshagen 1894, ausgl. daf. 1912; 6. der Stereotypur Erich Lorenz, geb. in Berlin 1888, ausgl. daf. 1906; waren noch nicht Mitglieder; die Seher 7. Hermann Braune, geb. in Magdeburg 1878, ausgl. daf. 1896; 8. Rudolf Bukalski, geb. in Friedrichsfelde 1894, ausgl.

in Berlin 1912; die Drucker 9. Georg Judis, geb. in Köpenick 1879, ausgl. in Berlin 1898; 10. Woldemar Mener, geb. in Chemnitz 1865, ausgl. daf. 1883; waren schon Mitglieder. — Albert Maffini, Engelfer 15. In Grölich die Schweizerdegen 1. Hugo Abraham, geb. in Brofferode i. Th. 1895, ausgl. daf. 1913; 2. Max Krause, geb. in Neudorf b. Drmannsdorf 1895, ausgl. in Eppendorf 1913; 3. der Seher Paul Niems, geb. in Weiswasser 1895, ausgl. daf. 1913; 4. der Drucker Karl Richard Krause, geb. in Ebersdorf (Bez. Friedland i. B.) 1895, ausgl. in Seidenberg (D.-L.) 1913. — P. Sielscher, Brautweienstraße 18 III.

In Saarbriiden der Seher Ferd. Karl Peter Richard Werner, geb. in Erier (Mosel) 1884, ausgl. in Prüm 1902; war schon Mitglied. — Nikolaus Gutendorf, Alte Meher Straße 23.

In Billingen der Seher Otto Reimann, geb. in Braunstaf b. Sagan i. Schl. 1880, ausgl. in Sagan 1898; war schon Mitglied. — Wilhelm Laub in Lahr i. B., Schiffsstraße 42 IV.

In Wittenberg der Seher Moritz Karl Worsdorf, geb. in Winchrit b. Riesa 1891, ausgl. in Riesa a. d. Elbe 1909; war schon Mitglied. — Ewald Großmann, Große Rotemarfstraße 3.

Verjammlungskalender.
 Darmst. Bezirksammlungs Sonntag, den 25. Mai, vormittags 9 Uhr, im „Gewerkschaftshaus“, Bismarckstraße 14. Eisenburg, Verjammlung heute Dienstag, den 20. Mai, abends 8 1/2 Uhr, im Gewerkschaftshaus „Eisoll“. Elberfeld, Verjammlungs Sonnabend, den 24. Mai, abends 8 1/2 Uhr, im „Volksbause“, Hombüchel. — Bezirksammlungs Sonntag, den 6. Juli, nachmittags 3 1/2 Uhr, in Ohligs. Erfurt, Maschinenmeisterverjammlungs Mittwoch, den 21. Mai, abends 8 1/2 Uhr, im „Eisoll“. Gießen, Maschinenmeisterbezirksverjammlungs Sonntag, den 25. Mai, vormittags 10 Uhr, in Marburg, im Restaurant Gesberg, Wehndner Weg. Karlsruhe, Stereotypur- und Galvanoplastikerverjammlungs Sonntag, den 25. Mai, vormittags 9 Uhr, in der Brauerei „Zum Falken“ in Lahr i. B. München, Maschinenseherverjammlungs Sonntag, den 25. Mai, vormittags 9 1/2 Uhr, im „Postgarten“, Zweibrückenstraße 8. Weimar, Verjammlungs Mittwoch, den 21. Mai, abends 8 1/2 Uhr, im „Volksbause“.

Schweizerischer Typographenbund.
 Da es immer wieder vorkommt, daß sich Kollegen beim Unterzeichnen zur Stellenvermittlung anmelden, sehen wir uns veranlaßt, darauf aufmerksam zu machen, daß wir in der Schweiz seit dem 1. Januar 1913 den paritätischen Arbeitsnachweis haben, dessen Verwaltung von Herrn C. Gerber, Bern, Marktstraße 26, besorgt wird. Alle Anmeldungen zum Arbeitsnachweise sind somit an diesen zu richten. — Die Buchdruckerei Steffen in Luzern hat den Tarif nicht anerkannt. Sekretariat des Schweizerischen Typographenbundes.

Unsere Welt - Camera
 ist das Ereignis des Tages



denn sie ermöglicht es jedermann ohne Mühe und ohne Vorkenntnisse die vorzüglichsten Bilder anzufertigen. Was bisher eine Kunst war, ist jetzt ein Kinderspiel! Mitbringen ausgeschlossen! Unsere Welt-Camera vereinigt alle denkbaren Vorzüge: handlichstes Format, Größe 9x12x4 cm, Gewicht nur 800 g, für Glasplatten und Filme verwendbar, bequem in der Tasche unterzubringen, stabile Bauart etc. Zusendung ohne Anzahlung 5 Tage zur Probe. Preis nur 36.- Mark + 10% bei monatlichen Teilzahlungen von 3 Mk. spesen zu tragen. Verlangen Sie sofort unsere Broschüre.

Bial & Freund, Postfach 388/536 Breslau II
 Illustr. Katalog über andere Modelle auf Verlangen gratis.

Schriftgießerei
 in Mitteldeutschland sucht für 1. Juni einen vollkommen auf der Höhe stehenden **Druckereileiter** welcher befähigt ist, die Schriftproben in aparter und zweckentsprechender Weise herzustellen. Offerten mit Gehaltsansprüchen unter Nr. 781 an die Geschäftsstelle d. Bl. erbeten.

Ein durchaus tüchtiger

Monotypgießer
 mit mehrjähriger Praxis, der ein sauberes, korrektes Arbeiten gewöhnt ist, wird zum baldigen Antritte nach Süddeutschland gesucht. Offerten unter Nr. 765 an die Geschäftsstelle dieses Blattes erbeten.

Nach Kiel!
 Unser Abtendzieher, gleich tüchtig im Entwurf und Satz, für dauernde Stellung gesucht. Angebote mit selbstgezeichneten Mustern unter Nr. 773 an die Geschäftsstelle d. Bl.

Nach Südbayern in Satz und Druck durchaus **selbständiger Meister**
 (Schweizerdegen) zum 2. Juni in kleine Abtenddruckerei für dauernd gesucht. Angebote unter T. R. 786 an die Geschäftsstelle dieses Blattes erbeten.

Buchdruckerstenographenverein
 = Gabelberger, Leipzig =
 Donnerstag, den 22. Mai, abends 8 1/2 Uhr, im Abtendlokal, „Café Blumenkorb“, Dresdener Straße 8:
Außerordentliche Generalversammlung
 Tagesordnung: Erhöhung des Mitgliedsbeitrags auf ein Jahr.
 Volljährigem Besuche steht entgegen.
 Der Vorstand.

Rheinisch-Westfälischer Korrektorenverein (Sitz Köln)
 Sonntag, den 25. Mai, in Elberfeld, Hotel „Monopol“, Morianstraße 3:
Achte ordentliche Hauptverjammlungs
 Vormittags 10 Uhr: Beginn der Verhandlungen (Tagesordnung durch die „Mitteilungen“). U. a.: Vortrag der Gavourseher Kollegen Albrecht. Nach dem Mittagessen gemeinschaftlicher Ausflug in die Umgebung Elberfeld-Barmens. Zu allezeitigem Besuche ladet höflich und dringend ein Der Vorstand.

Universal-Fernglas 1913
 Ein billiges aber gutes Glas!



Hervorragende Lichtstärke, erzeugt durch Riesennäsen außergewöhnlicher Qualität, zaubert Bilder von überraschender Plastik hervor. Enorme Helligkeit, welche noch bei Dämmerung die fixierten Gegenstände, wie durch einen Reflektor beleuchtet, deutlich erkennen läßt, macht unser Modell 1913 zum besten Universalglas für Reise, Sport, Theater, Jagd etc. Zusendung erfolgt ohne jede Anzahlung

5 Tage zur Probe mit bedingungslosem Rücksendungsrecht. Preis mit feldtäglichem Etui und zwei Umhängeriemen nur 36 Mark und 10% bei monatlichen Teilzahlungen von nur 2 Mark. Bei Nichtgefallen haben Sie nur die minimalen Portospesen zu tragen. Verlangen Sie Ansichtsendung. Postkarte genügt.

Bial & Freund, Postfach 388/532 Breslau II

Den werten Kollegen empfehle meinen **Wandfeller mit Buchdruckerwappen** und gleichfarbigen Hänger. 1,50 Mk. franko. St. Ludwig i. Elb. Artur Gsch.

Aug. Gehens aus Sulzum gib einmal Nachrichd an Deinen Freund Hans W. nach München, hauptpostlagernd. 785

H. MATHAEUS
 DESSAU
 Flößerstraße 46
 Katalog gratis u. fr.

Am 9. Mai verstarb unser wertos Mitglied, der Seher **Ludwig Bangerl** aus Bücking, 2 1/2 Jahre alt, an Blinddarmentzündung. Ein ehrendes Andenken bewahrt ihm Die Mitgliedschaft München.

Am 15. Mai verstarb nach zweijähriger Krankheit unser Kollege, der Schriftgießer **Georg Hüther** aus Themar, im Alter von 28 Jahren an Lungentuberkulose. 789 Ein ehrendes Andenken bewahrt ihm Der Ortsvereiner Jena.

Adressen für Zusendungen an den „Korrespondent für Deutschlands Buchdrucker und Schriftgießer“:
 für Artikel, Sozialpolitik und Genossenschaftswesen: **Wili Arabi**:
 • Rumbögen, Volkswirtschaft und literarisches; C. Schaeffer;
 • Korrespondenzen, Zustand und Gewerkschaftsrevue: Karl Helmholz;
 • Verbandsnachrichten, Literate, Offerten, Vollsammlungen usw.: Georg Ebblich;
 sämtlich in Leipzig, Calomnistr. 8. (Fernspr. 14111.) Straße und Hausnummer sind stets anzugeben!